DIE REGION

KOMPAKT

Nachrichten aus der Region

Keller der Agentur für Arbeit in Hagen geflutet

Hagen. Hüfthoch stand gestern früh das Wasser im Keller der Hagener Agentur für Arbeit. Ein defekter Hydrant hatte das Geschoss unter Wasser gesetzt. Der Hausmeister hatte die Feuerwehr gerufen. Auch die Tiefgarage stand mehrere Zentimeter unter Wasser. Die Feuerwehr hatte vier Tauchpumpen im Einsatz, mit denen das Wasser in die Volme geleitet wurde. Das Amt blieb gestern geschlossen. *rd*

Massenschlägerei in Dortmund

Dortmund. 80 Personen sind in der nördlichen Dortmunder Innenstadt mit Stuhlbeinen, Werkzeugen, Holzlatten und Molotowcocktails aufeinander losgegangen. Die Polizei war am Montagnachmittag mit einem Großaufgebot vor Ort. Beim Eintreffen der Beamten seien die Beteiligten geflohen. 150 Schaulustige bedrängten die Einsatzkräfte nach Angaben der Polizei. Drei Personen wurden festgenommen. Gegen sie läuft ein Verfahren wegen Landfriedensbruchs. *we*

Not-OP rettet Mann nach Messerstichen

Arnsberg. Ein Streit zwischen zwei Männern ist im Arnsberger Stadtteil Neheim in der Nacht auf Sonntag eskaliert. Ein Mann wurde durch mehrere Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Nach Erkenntnissen der Polizei wurde der 44-Jährige mehrfach im Schulter- und im Bauchbereich verletzt. Im Krankenhaus konnte das Opfer durch eine Notoperation gerettet werden. Der Täter (47) flüchtete zunächst, stellte sich aber dann auf der Polizeiwache. Er sitzt derzeit in Untersuchungshaft. Tatmotiv könnte eine Beziehung des Opfers zu der in Trennung lebenden Ehefrau des Täters sein. *rd*

GEWINNQUOTEN

Lotto am Samstag – Kl. 1: unbesetzt (Jackpot: 15.158.724,20 €); **Kl. 2:** 852.089,40 €; **Kl. 3:** 17.389,50 €; **Kl. 4:** 4639,30 €; **Kl. 5:** 277,50 €; **Kl. 6:** 55,60 €; **Kl. 7:** 26,20 €; **Kl. 8:** 12,30€; **Kl. 9:** 5,00 €.
Spiel 77 – Kl. 1: unbesetzt (Jackpot: 1.228.288,40 €);
Super 6 – Kl. 1: 100.000 € (ohne Gewähr)

NACHRICHT DES TAGES

Kernbeißer, Grünfinken, Stieglitze: 116 Wildvögel im Auto

Tiere hatten Schwarzmarktwert von 13.500 Euro

Köln. 116 unter Naturschutz stehende Vögel in Umzugskartons sind bei einer Fahrzeugkontrolle in der Nähe von Köln auf der A 4 in einem Auto entdeckt worden, bei den Vögeln handelte es sich um Stieglitze, Grünfinken und Kernbeißer. Drei der Vögel hätten tot in den Transportboxen gelegen, teilte die Polizei Köln mit. Laut der Polizei haben die Vögel auf dem Schwarzmarkt einen Wert von rund 13.500 Euro.

Die zwei Umzugskartons waren den Polizisten bei einer Verkehrskontrolle im Fußraum der Rücksitze des Fahrzeugs aufgefallen. Beim Hineinsehen fanden sie 16 kleine Boxen mit Kernbeißern, darunter befanden sich fünf weitere Boxen mit 50 Stieglitzen und 34 Grünfinken. Die teils verletzten Tiere wurden zu einer Wildvogelstation gebracht. Gegen den Fahrer und die Beifahrerin wird nun wegen des Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz ermittelt. *lnw*

ZAHL DES TAGES

32,1 **Prozent der bundesweiten Gemüseproduktion** kommt aus Nordrhein-Westfalen. Wie das Statistische Landesamt in Düsseldorf gestern weiter mitteilte, stieg der Absatzwert der Produkte wie Kartoffeln, Möhren, Äpfel und Nüsse im vergangenen Jahr um mehr als ein Fünftel auf gut 2,5 Milliarden Euro. Neben Konserven und eingefrorenem oder verarbeitetem Obst und Gemüse nehmen demnach auch Frucht- und Gemüsesäfte mit rund 666 Millionen Euro eine bedeutende Rolle ein, so das Statistische Landesamt.

ZITAT DES TAGES

„Probleme lassen sich nicht einfach wegsperren, sondern sollten gelöst werden."

Yvonne Gebauer, NRW-Schulministerin (FDP), hat sich gegen das österreichische Modell ausgesprochen, notorische Störer in NRW in sogenannte „Auszeit-Klassen" unterzubringen. Österreichs bisheriger Bildungsminister Faßmann hatte „Time-Out"-Klassen geplant.

WESTFALENPOST
Chefredakteur: Dr. Jost Lübben
Stellvertretende Chefredakteure: Torsten Berninghaus, Dr. Anne Krum.
Mitglied der Chefredaktion: Klaus Theine (Lokales)
Verantwortliche Redakteure: Kajo Fritz (Produktion / Leiter Titelredaktion), Martin Korte (Nachrichten/Politik), Jens Helmecke (Wirtschaft). **Leserredaktion:** Rudi Pistilli.
Korrespondenten: Dr. Tobias Blasius, Matthias Korfmann (Düsseldorf), Christian Kerl (Brüssel), Dirk Hautkapp (Washington). Überregionale Inhalte sowie Märkte- und Serviceseiten entstehen in Zusammenarbeit mit der **FUNKE Zentralredaktion**
Berlin: Jörg Quoos (Chefredakteur), Jochen Gaugele (Stellvertr.).
Online: Carsten Erdmann (Chefredakteur), Marc Hippler (Stellvertr.).
FUNKE Sportredaktion Essen: Peter Müller (Ltg.).
Anschrift der WP-Redaktion: Pressehaus, Schürmannstraße 4, 58097 Hagen, 02331 917-0 oder 917-4158, Fax: 917 4206 E-Mail: westfalenpost@westfalenpost.de.
Mediacampus WP: Raufeld Medien, Dr. Sabine Schouten, Paul-Lincke-Ufer 42/43, 10999 Berlin.
Verantwortlich für Anzeigen und Verlagsbeilagen: Dennis Prien, Anschrift wie Anzeigen, FUNKE MEDIENGRUPPE, Tel.-Sa.-Nr: 0201 8040, Anzeigenpreisliste Nr. 44, FUNKE MEDIENGRUPPE (WAZ + NRZ + WR + WP).
Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Aussageinhaltes stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar. Freitags mit Prisma-Fernsehmagazin.
Anzeigen: FUNKE Media Sales NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen; Fax 0201 804-2418, E-Mail: anzeigenzentrale@funkemedien.de.
Vertrieb: FUNKE MEDIEN NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen.
Leserservice und Vertrieb: Leserservice@westfalenpost.de,Telefon 0800 6060740*, Fax: 0800 6060750* (*kostenlose Servicenummer).
Die Westfalenpost ist ein Titel der FUNKE MEDIENGRUPPE
Anschrift des Verlages: FUNKE MEDIEN NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen.
Pressehaus Westfalenpost, Schürmannstraße 4, 58097 Hagen, Postfach 3929, 58039 Hagen, Telefon 02331 917-0 .
Geschäftsführung: Thomas Kloß, Ove Saffe, Andreas Schoo, Michael Wüller.
Objektleitung: Veronika Klees.
Druck: Druckzentrum Hagen GmbH, Hohensyburgstraße 67, 58099 Hagen.
Die WP wird auf Recycling-Papier gedruckt.

Junge Wähler, alte Parteien

Die Altparteien verlieren sukzessiv Wähler. Besonders bei Jüngeren scheint das Vertrauen in die Politik erschüttert. Wir haben mit Ihnen über Probleme und Lösungen gesprochen

Von Martin Horn

Hagen. Stehen die Altparteien vor dem Aus? Nach einer für sie historisch schlechten Europawahl haben wir junge Parteimitglieder sowie parteilose, aber gesellschaftlich engagierte Jugendliche nach der Zukunft der Parteien gefragt.

Was sind die Gründe dafür, dass sich derart viele Wähler gegen Ihre Partei entscheiden haben?

Almut Großmann (24, stellv. Bundesvorsitzende der Jusos): Viele Menschen trauen der SPD nicht mehr zu, Antworten auf Probleme zu liefern. Sei es der Klimawandel, sei es die Frage, wie alle in unserer Gesellschaft vom technischen Fortschritt profitieren können, oder was man gegen die ungerechte Verteilung des Reichtums tun kann. Kurzum: Dass wir die Antworten auf die Fragen der Zukunft haben.

Marcel Tillmann (25, June Union Meschede): Viele Wähler haben den Eindruck, dass die CDU bei wichtigen Zukunftsthemen wie Klimawandel oder Digitalisierung keine ausreichenden Prioritäten setzt. Hinzu kommt eine Unzufriedenheit mit der Arbeit der Großen Koalition. Das Rezo-Video hat offengelegt, dass es der Partei noch nicht genügend gelingt, Kommunikationskanäle in den sozialen Medien aufzubauen, um mit jungen Wählern ins Gespräch zu kommen.

Jens Büdenbender (27, Junge Liberale Siegen-Wittgenstein)Aus Sicht der Liberalen möchte ich dieser Aussage widersprechen. In den letzten Jahren ist es mit einer guten Themensetzung und dem Start der Parteimodernisierung unter der „Denken wir neu"-Kampagne gelungen, in die Parlamente zurückzukehren und neue Mitglieder zu gewinnen.

Was muss geändert werden, damit sich Wähler wieder für Ihre Partei entscheiden?

Almut Großmann: Wir brauchen eine inhaltliche Neuaufstellung, die klar macht: Wir haben einen Plan, wie eine nachhaltige und gerechte Gesellschaft aussieht und wie wir diese erreichen können.

Marcel Tillmann: Wir müssen zeigen, dass wir die richtigen Antworten auf die zentralen Zukunftsfragen wie Klimawandel, generationengerechte Rente oder Digitalisierung haben und zügig umsetzen. Das sind keine speziell „grünen" Fragen, sondern klassische Themen für die Volkspartei CDU.

Jens Büdenbender: Die FDP wollte ihr Ergebnis bei der Europawahl „mindestens verdreifachen", das ist nicht gelungen. Allerdings wurde die Anzahl der Abgeordneten im EU-Parlament von 3 auf 5 erhöht. Aussagen des Bundesvorsitzenden Lindner, Klimapolitik solle man „den Profis überlassen", haben dem Ergebnis der FDP mit Sicherheit nicht geholfen. Diese Aussage trifft auch nicht das Programm der Partei.

Was würden Sie tun, wenn Sie an der Spitze der Partei wären?

Almut Großmann: Wenn das so einfach wäre, mit ein bis zwei Entscheidungen die SPD aus ihrer Krise zu holen, dann wäre das schon längst passiert. Was jetzt passieren muss: da weitermachen, wo wir mit dem Sozialstaatspapier angefangen haben – zeigen wofür wir eigentlich stehen. Für die benötigte Neuaufstellung brauchen wir nicht nur einen Wechsel beim Parteivorsitz, sondern im gesamten Parteivorstand.

Marcel Tillmann: Ich würde deutlich machen, dass wir mehr Know-how im Bereich der sozialen Medien benötigen. Für die inhaltlichen Punkte bedarf es keiner „Anordnungen", sondern Beteiligungsformen, die die Mitglieder der Partei und die Wähler einbinden. Ich würde daher Zukunftswerkstätten und -gespräche zu den großen Themen anstoßen.

Jens Büdenbender: Als Digitalpartei wäre es sinnvoll, der Jugend durch Online-Mitbestimmung zumindest eine direkte Stimme zu den Fraktionen zu geben. Altparteien werden von der Jugend als gut geschmierte Apparate wahrgenommen, auf die man von außen keinen Einfluss nehmen kann. Die Kommunalwahl 2020 wäre ein guter Zeitpunkt, um glaubwürdig auf die Jugend zuzugehen.

Was ist der Grund für Ihr gesellschaftliches Engagement außerhalb der etablierten Parteien?

Noah Block (15, aus Attendorn): Ich sehe mein gesellschaftliches Engagement als eine Art Pflicht für zukünftige Generationen an. Ich möchte nicht von meinen Kindern gefragt werden, warum ich nichts getan habe, sowohl gegen den Klimawandel, als auch gegen den Rechtspopulismus. Zudem möchte ich auch älteren Generationen durch mein Engagement etwas zurückgeben, weshalb ich unter anderem den Weg des Protestes ausgesucht habe, den viele Rentner nicht mehr nehmen können.

Und warum engagieren Sie sich nicht in einer bestimmten Partei?

Anton Eickel (18, aus Neheim): Als Parteianhänger wird man in Diskussionen immer gleich in eine Schublade gesteckt und verzweifelt schnell an den herrschenden Macht- und Altersstrukturen. Ich bin davon überzeugt, dass man auch außerhalb von Parteien etwas bewegen kann, was ja beispielsweise Fridays for Future sehr gut zeigt.

Was müsste die aktuelle Politik anders machen – auch um Sie für sich zu gewinnen?

Lucas Wermeier (19, aus Hagen): Die Klimakrise muss als höchste politische Priorität anerkennt werden. Sie ist die soziale Frage der Menschheit. Dazu muss der politische Diskurs sich ändern. Dass es Schüler braucht, damit die Wissenschaft im öffentlichen Raum stattfindet, ist ein Armutszeugnis. Während alle 20.000 Arbeitsplätze in der Kohle beweinen, stehen zur Zeit 40.000 in der Windkraft auf der Kippe, nachdem die Bundesregierung in den letzten Jahren die deutsche Solarindustrie um 100.000 Plätze abgewickelt hat. Das sagt viel über die Schieflage des Diskurses in diesem Land aus.

FUNKEGRAFIK NRW: MANUELA NOSSUTTA

NRW-Landtag zieht häufiger Experten zurate

Binnen 15 Jahren hat sich Zahl der Anhörungen und Gespräche mit Fachleuten mehr als verdoppelt

Düsseldorf. Der nordrhein-westfälische Landtag beteiligt zunehmend externe Experten an seinen Beratungen über Gesetze und Sachfragen. Innerhalb von 15 Jahren hat sich die Zahl der Anhörungen und Gespräche mit Sachverständigen mehr als verdoppelt. Das geht aus einer Auflistung des Landtags für die Deutsche Presse-Agentur in Düsseldorf hervor: Gab es 2003 noch 43 Anhörungen im Düsseldorfer Landtag, waren es im vergangenen Jahr bereits 93.

Gleichzeitig kommen die Abgeordneten immer häufiger in Ausschusssitzungen und Kommissionen zusammen, um die vielfältige Palette landespolitischer Themen zu erörtern. Innerhalb von zehn Jahren ist die Anzahl der jährlichen Ausschusssitzungen um rund 63 Prozent auf 588 im Jahr 2016 gestiegen.

Der Landtag wird in Kürze voraussichtlich den vierten Untersuchungsausschuss dieser Wahlperiode beschließen. Neben dem Fall des islamistischen Attentäters Anis Amri, dem Tod eines verwechselten, in Kleve inhaftierten Syrers sowie Ungereimtheiten rund um Ex-Agrarministerin Christina Schulze Föcking (CDU) wird das Parlament dann auch Behördenversagen im Fall des massenhaften Kindesmissbrauchs von Lügde im Parlament durchleuchten.

Landtagspräsident André Kuper sieht die Entwicklung positiv: „Die Lebenswirklichkeit ist komplexer geworden", sagte er der dpa. „Das Parlament ist gut beraten, hoch kompetente Experten in seine Gesetzes- und Antragsberatungen einzubinden." Die breite Beteiligung von Wissenschaftlern, Verbänden und Vereinen bringe neueste Erkenntnisse und mehr Praxisbezug in Gesetzentwürfe, betonte er.

Sachverständigen-Anhörungen und Untersuchungsausschüsse seien vor allem wichtige Instrumente für die Opposition, um Regierungshandeln und Mehrheitsmeinungen zu hinterfragen und eigene Themen zu setzen. Die Wahrung von Minderheitenrechten stärke die Demokratie, sagte der Präsident. Bedeutungsvoll sei auch die Rolle der Medien. Wenn sie über die Vorbehalte von Experten aus Sachverständigenanhörungen berichteten, sei die Chance am größten, dass Gesetzentwürfe noch nachgebessert würden.